

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage und Festschließung. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpt., bei Lieferung frei Haus 55 Rpt., Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Beständerung der Abrechnung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansage für Adressat täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachschläge bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorau. 10 Uhr anzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Carl Hoffmann u. Gebhardt. Hauptredaktion: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Wirtsch. Dienst und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz. — D. R. V. L.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Stiller-Straße 4. Fernruf 518 und 530

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 174

Donnerstag, den 28. Juli 1938

90. Jahrgang

Fluggäste oder Bomben nach Berlin?

Unerhörte Zwischenfrage eines Labourabgeordneten im Unterhaus

Wie der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium Balfour im Unterhaus mitteilte, bauen u. a. die Saviland-Werke zur Zeit eine viermotorige Verkehrsmaschine, weiter sei man an der Konstruktion eines viermotorigen Eindeckers, der ebenfalls bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 200 Meilen in der Stunde vierzig Fluggäste in einem Non-Stop-Flug von London nach Berlin bringen könne.

Die Zwischenfrage des Labourabgeordneten Montagu, ob die neue Maschine, die vierzig Fluggäste ohne Zwischenlandung nach Berlin bringen könne, ebenso auch vierzig Bomben nach Berlin bringen könnte, bringt lebhafteste Entrüstung hervor. Die Entrüstung im Unterhaus über diese Bemerkung des Abgeordneten war so groß, daß nach einigen Minuten der Sprecher einschreiten und die nächste Frage aufrufen mußte. Später entschuldigte sich Montagu beim Sprecher wegen dieser Zusatzfrage.

Die Meldung, die heute aus dem englischen Unterhaus kommt, klingt fast unwahrscheinlich. Einer jener Friedensapostel, deren Partei das Schlagwort „Nie wie-

der Kriege“ prägte, fragt mit scheinheiligem Gesicht, ob man mit einem Verkehrsflugzeug anstelle von vierzig Personen auch vierzig Bomben nach Berlin bringen könnte. Es spricht für das englische Unterhaus, daß im Anschluß an diese unerhörte Provokation stärkste Entrüstungsrufe laut wurden.

Wir wissen, daß der unerschämte Abgeordnete der Labourpartei diese Frage nur im Zusammenhang mit Deutschland gestellt hat. Sätte der Unterstaatssekretär Balfour für sein Beispiel die Strecke London—Valencia gewählt, wäre es von dieser Seite aus kaum zu solchen Frechheiten gekommen.

Wir registrieren diesen erneuten Beweis der Friedensbereitschaft eines englischen Labourabgeordneten, der hoffentlich allen anständigen Menschen wieder einmal zeigt, daß Deutschland mit gutem Recht die gesamte Weltöffentlichkeit immer wieder vor diesen verantwortungslosen Kriegsbegehern warnt. Es muß endlich einmal ein Weg gefunden werden, diesen fragwürdigen Persönlichkeiten das Maul zu stopfen!

Barcelonas Antwort in London

Die spanische Antwort auf die Uebermittlung des Planes zur Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien wurde am Mittwoch in London veröffentlicht. Die Note Barcelonas trägt deutlich einen polemischen Charakter und ist mit Klagen über ein vermeintliches Unrecht erfüllt. Die äußere Form der Antwort läßt vermuten, daß die Roten eine Reihe technisch und sachlich nicht unwichtiger Vorbehalte machen werden, so z. B. auf dem Gebiet der Seckontrolle. Diese lassen es erwarten, daß weitere Rückfragen zur Klarstellung der Bedeutung der roten Antwort erforderlich sein werden.

2400 Lehrwerkstätten

Eröffnung der Ausstellung „Deutsche Berufserziehung“. Bei der Eröffnung der im Rahmen des Internationalen Kongresses für berufliches Bildungswesen veranstalteten Ausstellung „Deutsche Berufserziehung“ kennzeichnete Reichsorganisationsleiter Dr. Ley einerseits die Raumnot des deutschen Volkes und andererseits die Tatsache, daß uns heute auf vielen Gebieten die Menschen fehlen, um alle vorliegende Arbeit zu meistern. Eine der Reserven, um diesen Mangel herabzumindern, sei die Berufserziehung.

Bei der Machtübernahme waren 80 Lehrwerkstätten vorhanden, heute seien es bereits 2400. Allein 5000 Jugendliche wurden herangebildet, die von Betrieb zu Betrieb gehen, um an der notwendigen Produktionssteigerung mitzuhelfen. Weiter wurden 90 Fachschulen für die verschiedensten Gebiete errichtet, 3/4 Millionen Menschen wurden allein im letzten Jahr in Abend- und Fortbildungskursen geschult. Von einer Lehrmittelzentrale gehen regelmäßig 2400 verschiedene Lehrmittel in millionenfacher Auflage in das Land hinaus. Um den Betriebsführer auf den neuen Staat auszurichten, wurden Betriebsführerschulen errichtet. Der Reichsberufswettkampf, der früher nur 500 000 Teilnehmer umfaßte, weist heute bereits drei Millionen Teilnehmer auf. Das Ganze mündet ein in den großen Leistungskampf der deutschen Betriebe.

Reichsminister Rust wies darauf hin, daß die Entwicklung der Fach- und Berufsschule im Dritten Reich nicht aus theoretischer Pädagogik, sondern aus der Erneuerung des völkischen Lebens und der nationalen Kräfte entstanden sei. Die Harmonie zwischen Schule, Leben und Wirtschaft sei nicht die Arbeit von Ausschüssen gewesen, sondern natürlich erwachsen aus der neuen deutschen Lebensgestaltung. Mit dem Wunsch an die Gäste, daß ihnen die Ausstellung gute Eindrücke vom beruflichen Bildungswesen in Deutschland vermitteln möge, erklärte Reichsminister Rust die Ausstellung für eröffnet.

Berufserziehung und Betriebsführung

Im Rahmen des zur Zeit in Berlin tagenden Internationalen Kongresses für berufliches Bildungswesen sprach Reichsleiter Dr. Ley zu den Gauberufswältern und den verantwortlichen Männern des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung der NSDAP. Dr. Ley legte an Hand von Beispielen aus der praktischen Arbeit das bisher Erreichte dar und brachte sämtlichen Mitarbeitern des Amtes seinen Dank zum Ausdruck. Anschließend wies Dr. Ley in längeren Ausführungen Ziele und Wege der künftigen Arbeit.

Eine Indiskretion

Eindeutige Stellungnahme des Abgeordneten Rundi

Das Presseamt der Subetendeutschen Partei ersuchte den Klubvorsitzenden der Subetendeutschen Partei und Karpathendeutschen Partei, Abgeordneten Ernst Rundi, um eine Stellungnahme zu der Tatsache, daß einige Prager Tageszeitungen vom 27. Juli 1938 Auszüge aus dem Nationalitätenstatut veröffentlicht haben. Rundi gab folgende Erklärungen ab:

„Der veröffentlichte Wortlaut stimmt bis auf die uns bis heute unbekannt Prämisse und bis auf zeitungsredaktionelle Kürzungen tatsächlich mit dem Inhalt jenes Teiles des Nationalitätenstatuts überein, der uns übergeben wurde.“

In Anbetracht dessen, daß trotz vereinbarter Vertraulichkeit bereits des öfteren Informationen über Gang und Inhalt unserer offiziellen Gespräche in der Koalitionspresse zu lesen waren und daß sogar das als vertraulich erklärte Memorandum der Subetendeutschen Partei ohne deren Wissen in der französischen Presse veröffentlicht werden konnte, wundere ich mich diese blödsinnige Veröffentlichung eines uns am 30. Juni 1938 unter der Bedingung strengster Vertraulichkeit überreichten Vorschlages der Regierung nicht mehr.

Nach steller demgegenüber eindeutig fest, daß hiermit neuerlich erwiesen ist, daß seitens der Subetendeutschen Partei die Vertraulichkeit im Interesse einer unge störten Entwicklung gewahrt worden ist.

Wenn trotzdem Veröffentlichungen durch unbekannt Interessenten erfolgen können, so muß jedem objektiven Beobachter absolut klar sein, daß solche Indiskretionen einer positiven Entwicklung der Gespräche zwischen uns und der Regierung nicht dienlich sind. Es scheint mir daher wenig verantwortungsvoll, wenn ausgerechnet einen Tag nach der Bekanntgabe der Zustimmung der tschecho-slowakischen Regierung zur Mission Lord Runcimans nun auch diese Veröffentlichung erfolgte, die offenbar die äußerste Grenze des Entgegenkommens der tschechischen Koalitionsparteien darstellt. Damit ist

Lord Runciman vor ein Präjudiz gestellt, das seine freiwillig übernommene verantwortungsvolle Aufgabe besonders zu erschweren geeignet ist,

bevor er seine Tätigkeit in Prag aufnehmen kann. Zum veröffentlichten Inhalt des Nationalitätenstatuts enthalte ich mich vorläufig jeder Stellungnahme. Wir werden nunmehr in den nächsten Tagen in Form einer Broschüre unsere juristische Meinung hierzu bekanntgeben. Einzelheiten einer Beurteilung zu unterziehen, könnte wiederum Mißverständnisse schaffen, welche der Sache nicht dienlich wären.“

1100 SdP-Bürgermeister bestätigt

Von 1559 subetendeutschen Gemeinden, die seit Mai eine neue Gemeindevertretung erhalten haben, besitzen zur Zeit 1100 einen der SdP. angehörenden und von den Behörden bestätigten Bürgermeister. Die in mehreren Fällen gegen die Wahl von Angehörigen der SdP. von politischen Gegnern erhobenen Einwände sind erst teilweise entschieden. Wie bisher bekannt wurde, ist keinem der eingebrachten Proteste stattgegeben worden.

Lord Runciman nächste Woche in Prag

In amtlichen Londoner Kreisen erwartet man, daß Lord Runciman in etwa einer Woche nach Prag reisen werde, um dort seine Vermittlerrolle zwischen den Subetendeutschen und der tschechischen Regierung zu übernehmen.

Neue Unterhaussession am 1. November

Premierminister Chamberlain gab am Mittwoch im Unterhaus bekannt, daß das Parlament nach den Ferien, am Dienstag, 1. November, wieder zusammentreten werde. Der König wird die neue Session am 8. November eröffnen.

